

Thomas Scheck

Grundzüge nationalsozialistischer Kulturpolitik in Schleswig-Holstein¹

1. Einleitung

Die Ergebnisse der bisher geleisteten Forschung zur Kulturarbeit in Schleswig-Holstein während des Dritten Reiches sind außerordentlich dürftig.² Ursache hierfür sind fehlende oder nur in Resten überlieferte zentrale Aktenbestände der nationalsozialistischen Kulturorganisationen wie z. B. der Gaukulturabteilung der NSDAP, der Landesleitungen der Reichskulturkammer, der Landschaftsführung des Reichsbundes Volkstum und Heimat oder der Landesleitung des Kampfbundes für deutsche Kultur (bzw. der NS-Kulturgemeinde). Zudem läßt sich aufgrund nur mangelhafter Überlieferung auch hinsichtlich der kulturpolitischen Zielsetzungen der führenden Provinzialorgane, d. h. des Oberpräsidenten (Verwaltung des Provinzialverbandes) und des Regie-

rungspräsidenten vorläufig nur eine äußerst geringe Zahl von Erkenntnissen gewinnen. Mit dem derzeit zur Verfügung stehenden Material, den bekannten Schriftquellen, der Primärliteratur sowie den vorliegenden Publikationen der hiesigen Geschichtsforschung, können die wichtigsten Entwicklungsphasen der Kulturpolitik in Schleswig-Holstein zwischen 1933 und 1945 vorerst nur in Grundzügen skizziert werden.

Erst wenn durch die Auswertung noch erhaltener Aktenbestände örtlicher Verwaltungen oder zu damaliger Zeit bestehender lokaler Vereine in ausreichender Zahl Einzelergebnisse vorliegen, wird es letztlich möglich sein, auch die Ziele nationalsozialistischer Kulturpolitik in Schleswig-Holstein näher zu beschreiben.

2. Gleichschaltung - ein problematischer Begriff

Die Untersuchungen zu den Maßnahmen der politischen Gleichschaltung nach der Machtergreifung lassen durch die Herausarbeitung von Entwicklungsstufen³ eine gewisse Systematik und Zielstrebigkeit der beschriebenen Vorgänge erkennen. Diese Forschungsergebnisse bestimmen im wesentlichen unsere Vorstellung von der nationalsozialistischen Gleichschaltung. Häufig wird aber nicht ausreichend berücksichtigt, daß der Begriff Gleichschaltung, so wie ihn die Nationalsozialisten selbst verstanden, nämlich in der Bedeutung

einer vollständigen ideologischen Kontrolle aller Lebensbereiche, nur ein Ideal war.

Besonders problematisch erscheint die Übertragung konventioneller Vorstellungen von Gleichschaltung auf den Bereich der Kulturproduktion im Dritten Reich. Zumindest bis 1937 lassen sich allenfalls Tendenzen einer einheitlichen nationalsozialistischen Kulturpolitik, aber nur selten klare Konturen bestimmen. Die Gründe hierfür sind in der unterschiedlichen Kulturauffassung der politischen Führungsspitze und somit in

dem Fehlen gemeinsamer Ziele - insbesondere in den beiden ersten Jahren nach dem Machtwechsel - zu sehen. Zum Teil lagen die verschiedenen Organisationen sogar in Fehde miteinander. Die wichtigsten überregionalen Institutionen, welche die Kulturproduktion im Dritten Reich reglementiert haben, waren:

1. Der seit 1929 bestehende „Kampfbund für deutsche Kultur e. V.“⁴, hervorgegangen aus der 1927 von Alfred Rosenberg, dem damaligen Chefredakteur des *Völkischen Beobachters*, begründeten „Nationalsozialistischen Gesellschaft für deutsche Kultur (nationalsozialistische wissenschaftliche Gesellschaft)“; der Kampfbund wurde am 4. Juni 1934 durch Vereinigung mit dem „Reichsverband Deutsche Bühne“ zur „NS-Kulturgemeinde“.
2. Der bislang von der historischen Forschung wenig beachtete und in seiner Bedeutung unterschätzte „Reichsbund Volkstum und Heimat“⁵, geschaffen auf Initiative des Studenten Werner Haver-

beck und legitimiert am 27. Juli 1933 durch eine Bekanntgabe des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß; dieser Reichsbund sollte die größte Kulturorganisation des Dritten Reichs werden.

3. Die „Reichskulturkammer“⁶ und ihre Unterorganisationen mit Joseph Goebbels als Präsidenten, legitimiert durch das Reichskulturkammergesetz vom 22. September 1933.⁷

4. Das „Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“⁸ unter der Leitung von Bernhard Rust, geschaffen durch einen Erlaß des Reichspräsidenten am 1. Mai 1934.

Eine nicht unbedeutende Stellung nahmen auch die Bildungsorganisationen der am 27. November 1933 gegründeten NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, Bestandteil der von Robert Ley geführten „Deutschen Arbeitsfront“, sowie die im Jahre 1935 vergleichsweise spät ins Leben gerufene „Studiengesellschaft für Geistesgeschichte - Deutsches Ahnenerbe“ des Reichsführer-SS Heinrich Himmler ein.

3. Die Jahre 1933 und 1934 -

Phase des „Kulturkampfes“ in Schleswig-Holstein

Wie schnell und in welchem Umfang sich eine weltanschaulich geprägte Kulturpolitik in den einzelnen Ländern und Provinzen des Deutschen Reichs etablieren konnte, hing in erster Linie von den Zielsetzungen der bestehenden Verwaltungsorgane ab. Nur sie waren im Grunde genommen in der Zeit unmittelbar nach der Machtergreifung in der Lage, aufgrund bestehender Strukturen die Kulturarbeit im Sinne der Ideologie gezielt zu steuern. Selbst Rosenbergs Kampfbund für deutsche Kultur verfügte zum Zeitpunkt des Machtwechsels

nicht über die notwendige Zahl von regionalen Organisationen, um eine derartige Aufgabe bewältigen zu können.

In der preußischen Provinz Schleswig-Holstein wurde der amtierende Oberpräsident Heinrich Thon am 25. März 1933 in den Ruhestand versetzt und an seiner Stelle, vorerst kommissarisch, der Gauleiter der NSDAP, Hinrich Lohse, ernannt. Noch bevor Lohses Berufung durch den Provinziallandtag am 11. April⁹ offiziell bestätigt wurde, ereignete sich ein für Schleswig-Holstein sehr bemerkenswerter Vorgang. Der Leiter



Abb. 1: Heinrich Lohse, Oberpräsident und Gauleiter von Schleswig-Holstein (1933)

des Altonaer Museums - Altona gehörte bis 1937 zur Provinz - richtete mit Datum vom 5. April 1933 ein Schreiben an den Oberpräsidenten. Er betonte in seinen Ausführungen, man müsse sich bewußt sein, „daß eine organisatorische Zusammenfassung aller bisher bestehenden Elemente erforderlich ist, um dem Gedanken nationaler Erziehung die notwendige Stoßkraft auch nach außen hin zu verleihen. [...] Es muß durch die ganze Kulturarbeit der Provinz der frohe Zug deutscher Arbeit gehen. Sie durch ein Amt zu fördern, wäre das Verkehrteste, was man tun kann. [...] Aber notwendig ist, daß das Interesse der Verwaltungsspitze diesen Aufgaben sich zuwendet, daß alle solche Bestrebungen von dem Gefühle getragen werden, von dem Wohlwollen der Verwaltung der Provinz gestützt zu sein.“¹⁰

Eine Zusammenfassung der landes- und volkskundlichen Forschung forderte in einer zehneitigen Denkschrift - deren Abfassung ungefähr auf den Monat Juli 1933 datiert werden kann - der Landesbibliothekar und spätere Vorsitzende der „Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“, Volquart Pauls.¹¹ Aus diesen beiden bedeutenden Quellen lassen sich zwei sehr wichtige Erkenntnisse gewinnen. Zum einen muß in den Jahren vor der Machtergreifung der Wunsch von Seiten der Kulturschaffenden sehr groß gewesen sein, ihrer Arbeit einen größeren gesellschaftlichen Stellenwert zu verschaffen. Von einer Krise der Kulturpflege in dieser Zeit zu sprechen, wäre wohl übertrieben, jedoch hatten nachweislich viele Vereine, so z. B. der „Schleswig-Holsteinische Landesverein für Heimatschutz“, mit einem nicht unbedeutenden Mitgliederschwund zu kämpfen. Auch

erfuhren einige der provinzeigenen Einrichtungen - an erster Stelle muß hier das „Museum vorgeschichtlicher Altertümer“ unter der Leitung von Gustav Schwantes genannt werden - nicht den ideellen und materiellen Rückhalt, dessen sie dringend bedurft hätten. Viele verbanden daher mit dem Machtwechsel die Hoffnung auf eine Besserung dieser Zustände.

Die in diesem Zusammenhang häufig offen vorgetragene nationale Gesinnung vieler führender Persönlichkeiten des Kulturlebens in Schleswig-Holstein darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verknüpfung nationalsozialistischen Gedankenguts mit der Frage nach einer Koordinierung und damit einer Stärkung der Kulturarbeit in dieser Anfangsphase noch eine untergeordnete Rolle spielte. Vielmehr ist bemerkenswert, daß mit der Bereitschaft kultureller Vereinigungen zu einer organisatorischen Veränderung und den Gleichschaltungsbestrebungen der Nationalsozialisten zwei bedeutende Faktoren zusammentrafen. Nur so ist die spätere, weitgehend reibungslos erfolgte Anbindung der schleswig-holsteinischen Vereinigungen an die politischen Organisationen hinlänglich zu erklären.

Als zweite Erkenntnis läßt sich in diesem Zusammenhang herausstellen, daß die mit der Kulturpflege befaßten Personen anfangs, von Ausnahmefällen abgesehen, bevorzugt nicht die Nähe zur Partei, sondern zu den traditionellen Verwaltungsorganen suchten.

Allen Bemühungen zum Trotz zeigten jedoch weder Gauleiter und Oberpräsident Hinrich Lohse noch Landeshauptmann Otto Röer ein großes Interesse an der Verwirklichung der Vorschläge von Otto Lehmann oder Volquart Pauls. Der

von außen an die Provinzialverwaltung herangetragene Wunsch nach einer organisatorischen Zusammenfassung der Kulturarbeit wurde demnach von den führenden Personen der Provinz nicht zu einer Gleichschaltung im politischen Sinne genutzt. Inwieweit eine derartige Haltung auch von anderen Verwaltungen im Reich vertreten wurde, läßt sich aufgrund des derzeitigen Forschungsstandes nicht eindeutig klären.

Es sind jedoch auch andere Beispiele bekannt. In der Provinz Westfalen machten sich bereits 1933 Partei und Provinzialverband den alljährlich vom Westfälischen Heimatbund veranstalteten Westfalentag propagandistisch zu nutze¹², und Landeshauptmann Karl Friedrich Kolbow, der 1934 Vorsitzender dieses Heimatbundes wurde, versuchte sehr rasch, die Arbeit der kulturschaffenden Kräfte zu koordinieren, was einer ideologischen Beeinflussung sehr förderlich war. In Schleswig-Holstein gelang es nur in Einzelfällen, das Interesse der neuen Provinzialverwaltung an einer besonderen Förderung von Kunst und Kultur zu wecken.¹³

Aus der in Schleswig-Holstein bestehenden kulturpolitischen Situation konnte nun der Kampfbund für deutsche Kultur einen großen Nutzen ziehen. Über seinen organisatorischen Aufbau und die bis zur Machtergreifung geleistete Arbeit in Schleswig-Holstein ist so gut wie nichts bekannt. Vermutlich hat es jedoch schon sehr früh, d. h. seit Ende der zwanziger Jahre, eine Kieler Ortsgruppe gegeben. Seit Frühjahr 1933 wurde sie von Friedrich Knolle geleitet, dem späteren Gaukulturwart. Durch Kundgebungen und Veröffentlichungen warb der Kampfbund nach der Machtergreifung verstärkt um Mitglieder und

versuchte, sich bestehende kulturelle Organisationen einzuverleiben.

Eine der frühesten diesbezüglichen Pressemitteilungen findet sich in der *Kieler Zeitung* vom 13. Mai 1933. Nach außen verbreitete der Kampfbund den Eindruck, als würden die kulturellen Vereinigungen den Anschluß stets freiwillig vollziehen, was aber nicht zutraf. In einer Notiz der *Nordischen Rundschau* vom 10. Juli 1933 heißt es: „In den letzten Tagen schlossen sich wiederum eine größere Anzahl Korporationen dem Kampfbund für Deutsche Kultur an, u. a. das Thaulow-Museum, der Landesverein für Heimatschutz, die Kieler Plattdütch Gill, der Kieler Bachchor, die Deutsche Singschar, der Kieler Künstlerverein, der Verein für Musikfreunde, der Kieler Dürerbund und andere. Ferner eine Reihe von Hochschullehrern und andere in der Öffentlichkeit wirkende Persönlichkeiten.“ Bei derartigen Berichten nahm man es mit der Wahrheit nicht immer ganz genau, denn nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand waren weder das Thaulow-Museum noch der Landesverein für Heimatschutz jemals in den Kampfbund inkorporiert.

Friedrich Knolle suchte frühzeitig die Nähe zum Oberpräsidium. Sein Vorhaben der organisatorischen Gleichschaltung entsprach offensichtlich mehr den Vorstellungen Lohses von einer künftig in Schleswig-Holstein auszuübenden Kulturarbeit als die erwähnten Konzepte von Otto Lehmann oder Volquart Pauls.¹⁴ Knolle wurde dann auch sehr bald Vertrauensmann des Oberpräsidenten in kulturellen Fragen.

Die schnelle Eingliederung der genannten Organisationen war zu diesem frühen Zeitpunkt gewiß noch unge-



*Abb. 2: Friedrich Knolle, Leiter der NS-Kulturgemeinde und
Gaukulturwart in Schleswig-Holstein (um 1934)*

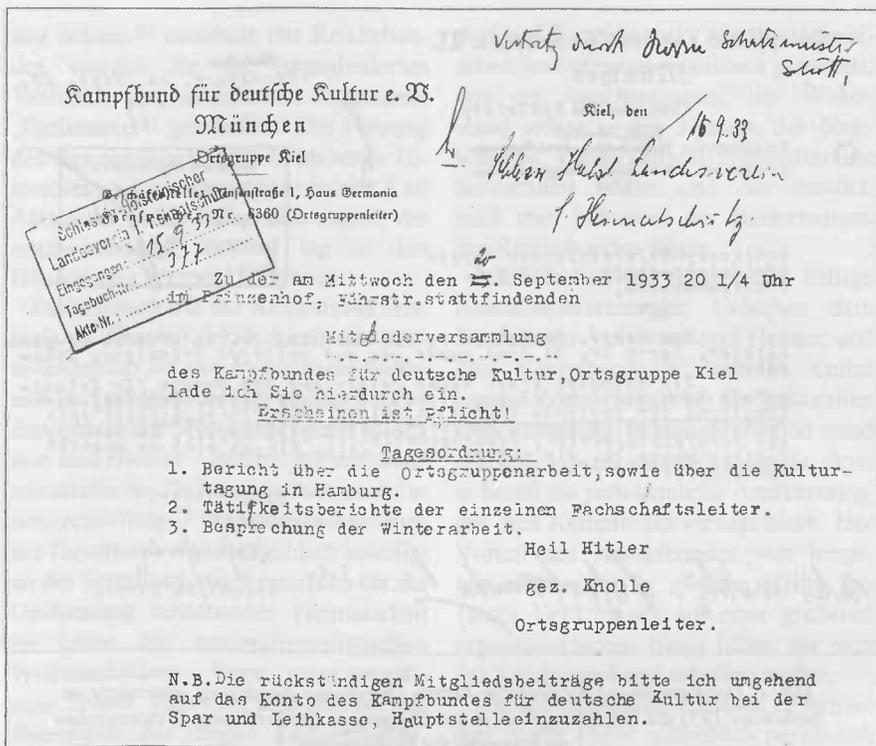


Abb. 3: Aufforderung des Kampfbundes für deutsche Kultur, Ortsgruppe Kiel, an den Vorstand des Landesvereins für Heimatschutz zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung am 20. September 1933.

wöhnlich. Es gab auch Vereinigungen, die sich den Gleichschaltungsabsichten Knolles widersetzen, wie zum Beispiel der „Schleswig-Holsteinische Landesverein für Heimatschutz“. Dieser im Jahr 1908 gegründete Verein befaßte sich u. a. mit Ortsbild- und Landschaftspflege sowie mit der Bewahrung von Volksbräuchen und anderen Traditionen, z. B. im Handwerk. Darüber hinaus führte er Bauberatungen durch, mit denen eine aus damaliger Sicht landschaftstypische Bauweise gefördert werden sollte.¹⁵ Seit 1920 stand diesem Verein, einem der mitgliederstärksten und einflußreichsten in Schleswig-Hol-

stein, der damalige Landeskonservator und Leiter des Thaulow-Museums - des späteren Landesmuseums -, Ernst Sauer-
mann, vor. Knolle hatte die Bedeutung des Landesvereins bereits frühzeitig erkannt und verhinderte gezielt die Gründung neuer Ortsgruppen, indem er örtliche Gruppierungen des Kampfbundes schuf und Mitglieder des Landesvereins zum Eintritt in seine Organisation bewog.¹⁶

Um sich einer weiteren Einflußnahme Knolles zu entziehen, betrieb Sauer-
mann seit Herbst 1933 die Eingliederung des Landesvereins in den inzwischen gegründeten „Reichsbund Volks-

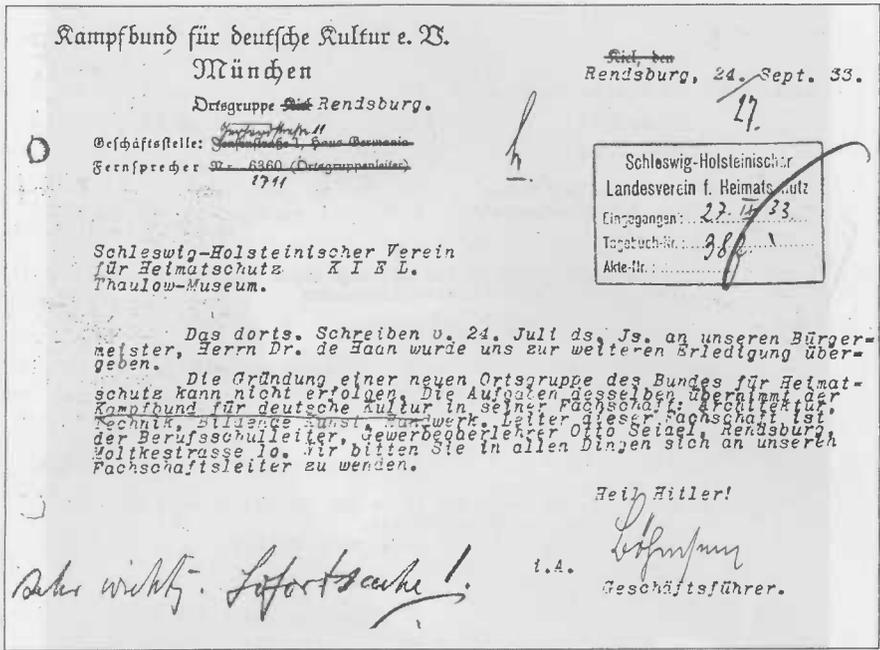


Abb. 4: Der Kampfbund für deutsche Kultur, Ortsgruppe Rendsburg, untersagte im September 1933 die Gründung einer neuen Ortsgruppe des Schleswig-Holsteinischen Landesvereins für Heimatschutz

tum und Heimat"¹⁷, auch weil er und der Vereinsvorstand offenbar erkannt hatten, daß sich für die Zukunft die Angliederung an eine nationalsozialistische Kulturorganisation nicht vermeiden ließ. Zwar forderte auch der Reichsbund eine organisatorische Zusammenfassung der Heimat- und Geschichtsvereine, er trat jedoch im Vergleich zum

Kampfbund vorerst wesentlich gemäßiger auf. Somit wurde die trügerische Hoffnung verbreitet, die Vereine könnten als selbständige Körperschaften bestehen bleiben. In Wirklichkeit war aber auch der Reichsbund letztlich nur ein Instrument der administrativen und ideologischen Gleichschaltungsbemühungen des NS-Staates.

4. Exkurs - Der Reichsbund Volkstum und Heimat

Geschaffen wurde der „Reichsbund Volkstum und Heimat“ durch den Studenten Werner Haverbeck.¹⁸ In einer parteiamtlichen Bekanntmachung vom 27. Juli 1933¹⁹ wurden die wesentlichen Absichten des Reichsbundes veröffentlicht. Danach war das vorrangige

Ziel, die führenden Verbände auf dem Gebiet der Volkstums- und Heimatarbeit bei restloser Aufgabe ihrer organisatorischen Selbständigkeit zu einem Bund zusammenzuschließen. Gleichzeitig wollte man aber Gewachsenes nicht restlos zerschlagen, sondern lediglich

neu ordnen.²⁰ Innerhalb des Reichsbundes wurden für die angegliederten Verbände und Institutionen sogenannte „Fachämter“²¹ geschaffen. Die Führung des Bundes wurde dem Münchener Historiker und Universitätsprofessor Karl Alexander von Müller übertragen, die organisatorische Leitung lag in den Händen von Werner Haverbeck.

Publizistisch trat der Reichsbund erstmals im Oktober 1933 durch das *Mitteilungsblatt für den Reichsbund Volkstum und Heimat* hervor, ab April 1934 dann durch die Monatszeitschrift *Volkstum und Heimat - Blätter für nationalsozialistische Volkstumsarbeit und Lebensgestaltung*.²² Ihr Herausgeber Werner Haverbeck war maßgeblich beteiligt an der Erstellung von Konzepten für die Umformung bestehender Heimatarbeit im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung. Seine programmatische Schrift *Volkstum und Heimat als Bekenntnis des jungen Kulturwollens*, die 1934 erschien, offenbarte die eher zweifelhaften Ziele des Reichsbundes.²³

Auch der Totalitätsanspruch, wie er durch die Erklärung des Stellvertreters des Führers eindeutig bestimmt war, wurde nochmals unterstrichen: „Bei der Eingliederung der Organisationen der deutschen Volkstums- und Heimatarbeit wurde daher zur Bedingung gemacht, daß alle Unterverbände im Lande aufgelöst werden und nur noch die Ortsgemeinschaften der bisher Volkstums- und Heimatarbeit betreibenden Vereinigungen bestehen bleiben.“²⁴

Der Versuch einer Zerschlagung der alten Heimatvereine, insbesondere der Landesvereine des „Deutschen Bundes Heimatschutz“, unter Berücksichtigung der gewachsenen Strukturen, wie von Haverbeck auf Grundlage der von Ru-

dolf Heß formulierten Ziele der Heimatarbeit im Nationalsozialismus gefordert, war ein Anachronismus, der Widerstand selbst in den Kreisen der überwiegend konservativen Heimatfreunde hervorrufen mußte und der letztlich auch zum Scheitern der Bestrebungen des Reichsbundes führte.

Auf Reichsebene tobten bald heftige Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsbund Volkstum und Heimat und dem Kampfbund für deutsche Kultur um die Vorherrschaft bei der kulturellen Gleichschaltung. In diesem Konflikt stand der Reichsbund vorerst besser da, denn er besaß die parteiamtliche Anerkennung, die dem Kampfbund versagt blieb. Der Vorteil des Kampfbundes war hingegen, daß er in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 bereits auf einer größeren organisatorischen Basis fußte, die sich der Reichsbund erst schaffen mußte.

Um die streitenden Parteien zu befrieden, mußte Hitler schließlich persönlich eingreifen. Der von ihm erlassene Führerbefehl besagte, daß alle inneren Streitigkeiten in Vereinsangelegenheiten bis auf weiteres zu ruhen hätten.²⁵ Schließlich wurde für den Reichsbund am 25. Oktober ein Führerrat gebildet, dem auch Alfred Rosenberg angehörte.²⁶ Dieses Gremium sollte alle bisherigen und noch folgenden Streitigkeiten intern regeln. Somit wurde vorerst Frieden geschlossen, und der RVH konnte seine Organisation beachtlich ausbauen.²⁷ Auf lokaler Ebene wurden die Auseinandersetzungen jedoch zum Teil weitergeführt.

Im Januar 1934 kam es in Schleswig-Holstein zu einem völlig unerwarteten Ereignis. Als für die Provinz eine Unterabteilung des Reichsbundes - eine sogenannte „Landschaft“²⁸ - ins Leben

gerufen wurde, erhielt ausgerechnet Friedrich Knolle den Posten des Landschaftsführers. Er wurde demnach Leiter einer Organisation, die er zuvor heftig bekämpft hatte. Dadurch verlor der Reichsbund seine Schutzfunktion, welche er zuvor für einige Vereine ausgeübt hatte. Knolle versuchte nun in seiner neuen Eigenschaft als Landschaftsführer, den Landesverein für Heimatschutz in den Reichsbund einzugliedern²⁹, was ihm jedoch wiederum nicht glückte. Bis zum Jahre 1938 konnte Ernst Saueremann sowohl eine organisatorische wie auch ideologische Gleichschaltung verhindern. Für schleswig-holsteinische Verhältnisse war das wohl eher die Ausnahme³⁰, sie ist aber ein wichtiger Beleg für diejenigen Fälle im Kulturbereich, die von den weltanschaulichen Fragen des Nationalsozialismus unbehelligt blieben.³¹

Zu erklären ist die Ernennung Knolles zum Landschaftsführer nur durch den Einfluß Rosenbergs im Führerrat des Reichsbundes Volkstum und Heimat sowie den Rückhalt Hinrich Lohses. Die *Kieler Neuesten Nachrichten* kommentierten diesen Vorgang in ihrer Ausgabe vom 23. Januar 1934 wie folgt: „Damit wäre der letzte Schritt getan, um die Einheitlichkeit der kulturellen Führung in der Provinz zu gewährleisten“. Doch der entscheidende Schritt sollte erst noch folgen, denn am 1. März 1934 wird Knolle schließlich auch zum Gaukulturwart der NSDAP ernannt.³² Ob diese Ämterkonzentration in Schleswig-Holstein im Vergleich zum übrigen Reich einen Sonderfall darstellt, kann bei dem gegenwärtigen Forschungsstand noch nicht gesagt werden, bemerkenswert ist sie allemal und typisch gewiß für die Person Friedrich Knolle.

Eine Aufstellung³³ weiterer Posten, die er in der Zeit von 1933 bis 1937 bekleidete, mag das verdeutlichen: von Juli bis September 1933 Kreisschulungsleiter der NSDAP; von Juli 1933 bis zum 6. März 1935 Kreisfilmwart und Kreiskulturwart; vermutlich seit 1934 Leiter der Abteilung Volksbildung im Gauschulungsamt; von 1935 bis vermutlich 1937 Leiter der Reichsschrifttumskammer für Schleswig-Holstein; Mitglied des Provinzialrats für Kulturfragen (dieser Rat entschied über die finanziellen Beihilfen der Provinz); für 1937 Geschäftsführer der Universitätsgesellschaft³⁴; Präsident der „Schleswig-Holsteinischen Gesellschaft für deutsche Kultur“, Teil der von Hans Hinkel geführten „Gesellschaft für deutsche Kultur e.V.“; vermutlich seit Ende 1934 Leitung des sechs niederdeutsche Gauen umfassenden Arbeitsrings „Niederdeutsches Kulturschaffen“.

Knolle überzog die Provinz mit einem Netz von Fachschaftsleitern des Kampfbundes, Kreis- und Ortsgruppenkulturwarten der Partei sowie Kreisringführern des RVH, die an die Spitze vieler kultureller Organisationen drängten. Die Bedingungen für eine Einheitlichkeit der kulturellen Arbeit in Schleswig-Holstein hielt er für besonders günstig und bekundete mehrfach öffentlich, die Kulturarbeit in Schleswig-Holstein habe vor 1933 in vielen Bereichen lediglich ein „Selbstzweck-Dasein“ geführt, was einer pauschalen Ohrfeige für alle in Kunst und Kultur engagierten Persönlichkeiten gleichkam.³⁵ Ihm waren ohnehin „Kämpfer“ in der Kulturpolitik lieber als „ästhetisierende Schöngeister“³⁶, und er vertrat die Auffassung, die große Leistung der Kulturarbeit flösse nicht aus dem Verstand, sondern aus dem Glauben an die

Richtigkeit der Arbeit.

Knolle konnte bei seiner Arbeit auf einen festen Stab von Mitarbeitern zählen, die sowohl im Kampfbund bzw. in der aus ihm hervorgegangenen NS-Kulturgemeinde, als auch in der Abteilung Heimatforschung der Gaukulturabteilung der NSDAP tätig waren. Dieselben Personen lassen sich wiederum dann auch in der sogenannten „Landschaft“³⁷ Schleswig-Holstein des Reichsbundes Volkstum und Heimat nachweisen. Ihr Aufbau dauerte bis zum Herbst des Jahres 1934 an. Zu einer wirksamen Arbeit dieser „Landschaft Schleswig-Holstein“ ist es jedoch nicht gekommen, denn der Reichsbund Volkstum und Heimat befand sich bereits seit dem 20. Oktober 1934 in Liquidation.³⁸

Der organisatorische Leiter, Werner Haverbeck, wurde mit dem Vorwurf der Führungsschwäche seines Postens enthoben. Wahrscheinlich aber erfüllte er nur die Funktion eines Sündenbocks,

denn es zeichnete sich bereits in dieser Zeit ab, daß die politische Führung mit dem Reichserziehungsministerium, der Reichskulturkammer und der Freizeitorganisation der DAF, der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, genügend Instrumente für eine ideologische Kontrolle besaß und weitere Organisationen den Überblick über die Verhältnisse nur erschwert hätten. Im Januar 1935 erreichte Haake, daß der „Deutsche Bund Heimatschutz“ nunmehr an Stelle des RVH die für die gesamte Volkstums- pflege in Deutschland zuständige Organisation wurde.³⁹ Rosenberg übernahm die Schirmherrschaft über den Deutschen Bund Heimatschutz, und es wurde mit der NS-Kulturgemeinde, die korporativ als Amt der NSG „Kraft durch Freude“ angegliedert war, ein Arbeitsabkommen geschlossen.⁴⁰ Die bisherigen Arbeitsgebiete des RVH wurden nun von der Abteilung Volkstum und Heimat in der NS-Kulturgemeinde gepflegt.

5. Die Jahre 1935 und 1936 - Phase der Konsolidierung nationalsozialistischer Kulturpolitik

Auf die kulturelle Situation in Schleswig-Holstein wirkte sich die Beseitigung des Reichsbundes Volkstum und Heimat kaum aus. Für Friedrich Knolle und die NS-Kulturgemeinde brachte sie aber gewisse Vorteile, denn dadurch konnte unbehelligt im Sinne Rosenbergs weitergearbeitet werden. Knolle nahm sich besonders des „Vereins zur Pflege der Natur- und Landeskunde“ an. Bereits im März 1934 wurde der Verein in den Reichsbund Volkstum und Heimat eingegliedert und wenige Monate später per Satzungsänderung das „Führerprinzip“ durchgesetzt.⁴¹ Die Zeitschrift des Vereins, *Die Heimat*, wurde Mittei-

lungsblatt des Reichsbundes für die Landschaft Schleswig-Holstein. Nach der Auflösung des Reichsbundes blieb der Verein in enger Verbindung zur NS-Kulturgemeinde. Es ist auch anzunehmen, daß Knolle viele seiner Mitarbeiter aus diesem Verein rekrutierte. Seit April 1935 war *Die Heimat* dann „Organ für Heimatforschung und Heimatpflege in der NS.-Kulturgemeinde, Abteilung Volkstum und Heimat“.

Im März 1935 legte Knolle erstmals ein klares Konzept für die künftige Kulturarbeit vor. Es trug den Titel *Schleswig-Holsteinisches Kulturschaffen - Ein Arbeitsplan*⁴² und umfaßte immerhin

fünfundfünfzig gedruckte Seiten. In diesem Arbeitsplan wurden auch erstmals die Mitarbeiter der Gaudienststelle der NS-Kulturgemeinde, die Kreiskulturwarte der NSDAP, die Kreisobmänner der NS-Kulturgemeinde und die bemerkenswert zahlreichen, auf Kreisebene arbeitenden Angehörigen der Abteilung Volkstum und Heimat der NS-Kulturgemeinde aufgeführt. Ende September 1935 veranstaltete die Kulturgemeinde in Verbindung mit der Gaukulturabteilung der NSDAP ihre erste Kunstausstellung. Sie trug den Titel „Schleswig-Holstein, Land und Volk“ und sollte, gemäß den Ausführungen Ernst Schlees im Vorwort, die „Rückkehr der Kunst in die Bindung des volkhaften Lebens“⁴³ dokumentieren. Im Februar und März 1936 richtete der Kunstring der NS-Kulturgemeinde dann die Jahresschau der Landesleitung der Reichskammer der bildenden Künste aus. Das Geleitwort des Oberpräsidenten Lohse zum Katalog der Ausstellung hob deutlich hervor, daß es zukünftig darum gehen müsse, „eine aus den Kräften des eigenen Bodens und Volkstums erwachsene Kunst zu suchen und zu fördern.“⁴⁴

Knolle konnte seinen Einflußbereich seit Anfang 1935 mehr oder weniger ungehindert ausdehnen. Genaue Fakten lassen sich allerdings schwer gewinnen. Nur die von der Kulturgemeinde selbst veröffentlichten Angaben können derzeit über das stetige Wachsen dieser Organisation Auskunft geben. Im April 1935 waren 52 Ortsvereine und ca. 41.000 Mitglieder in die Kulturgemein-

de integriert, im Januar 1936 89 Ortsvereine und rund 50.000 Mitglieder.⁴⁵ Bereits auf der Gaukulturtagung im August 1935 konnte Knolle verkünden, die NS-Kulturgemeinde sei „die alleinige kulturelle Organisation Schleswig-Holsteins. Schneller als anderwärts ist hier die Zusammenfassung aller kulturellen Vereinigungen in landschaftlicher Gliederung durchgeführt worden.“⁴⁶

Auch auf der folgenden Gaukulturtagung im Juni 1936 wiederholte er seinen totalitären Anspruch auf die Kontrolle der Kulturarbeit im nördlichsten Gau.⁴⁷ Seine Position wurde auch weiterhin durch den Oberpräsidenten gestärkt. In einem Schreiben Lohses an den Landeshauptmann vom 6. November 1936 heißt es: „Wie Ihnen bekannt ist, habe ich bestimmt, daß für die kulturelle Arbeit in der Provinz Schleswig-Holstein, was Heimatforschung, Kultur- und Theaterwesen, Volkstumsarbeit usw. angeht, die Partei, vertreten durch den Gaukulturwart und die von ihm geleitete N.S.-Kulturgemeinde, zuständig ist. Der Gaukulturwart Knolle ist mir persönlich für diese Arbeit verantwortlich.“⁴⁸

Trotz aller Bemühungen gelang Knolle jedoch nicht die vollständige Beherrschung des Kulturlebens. Die Verwaltung des Provinzialverbandes hielt nämlich auch weiterhin die aufgrund der Gesetzeslage bestehenden Verpflichtungen zur finanziellen Förderung der kulturellen Bestrebungen ein und überließ die Verteilung der Geldmittel nicht, wie von Knolle nachdrücklich gefordert, der Gaukulturabteilung bzw. der NS-Kulturgemeinde.⁴⁹ Lohse ließ Knolle zwar

Abb. 5: Landeshauptmann Röer lehnte im April 1935 den Antrag der NS-Kulturgemeinde ab, diese solle künftig über die Verteilung der Fördermittel für kulturelle Vorhaben in der Provinz entscheiden.



Der Oberpräsident
(Verwaltung des Provinzialverbandes)

Kiel, den 20. April 1935.
Gartenstraße 1 1/2 — Fernsprecher 7700
Geschäftsnummer: I. 137.

Provinzial-Konzeptionsrat
der Provinz Schleswig-Holstein
Kiel, den 25. 4. 35.
Lagebuch-Nr.: 424
AZ 10-11:

AN

den Herrn Gaukulturabteilungsleiter
und Leiter der NS.-Kulturgemeinde

K i e l

Bänischestr. 43.

Zum gefl. Schreibe von 10. April d. Js.

Der in angezogener Schreibung erhobenen Forderung, die gesamten, dem Provinzialverband für kulturelle Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel der Gaukulturabteilung oder der NS.-Kulturgemeinde zur weiteren Verteilung zu übergeben, muß entschieden widersprochen werden. Bei aller Anerkennung des Kulturschaffens der von der Gaukulturabteilung betreuten NS.-Kulturgemeinde und ihrer weitgespannten Bestrebungen, ist doch der Wirkungsbereich des Provinzialverbandes auf kulturellem Gebiet, der überwiegend auf Grund gesetzlicher Verpflichtung wahrgenommen wird, keineswegs enger geworden. Diese Tatsache allein - ich sehe ab von der Anführung weiterer durchschlagender Begründungen - rechtfertigt die Zurückweisung des vermeintlichen Anspruches.

In Übrigen geht die Begründung der Forderung fehl. Von einer Doppelarbeit in der Zeitschriftenfrage - soweit die Zeitschriften provinzielle Bedeutung haben - kann nicht die Rede sein. Doch wird auch in dieser Frage seitens der Verwaltung des Provinzialverbandes unmittelbar eine weitere Vereinheitlichung angestrebt. So stehen die Verhandlungen über die Eingliederung des

./.

hinsichtlich einer ideologischen Kontrolle und organisatorischen Zusammenfassung der kulturellen Arbeit weitgehend freie Hand, wußte jedoch seine Machtfülle dadurch zu beschränken, daß die Entscheidungen über Art und

Umfang der Finanzierung einem unter der Aufsicht des Oberpräsidenten stehenden Gremium vorbehalten blieben. Somit war letztlich auch Knolle bei der Verwirklichung seiner Vorhaben immer von der Provinzialverwaltung abhängig.

6. Die Jahre 1937 bis 1939 -

Phase der Normalisierung radikaler Tendenzen in der Kulturpolitik

1937 trat die offizielle Kulturpolitik in Schleswig-Holstein in eine neue Phase, was zu einem großen Teil in Zusammenhang mit der Ablösung Friedrich Knolles als Gaukulturwart stand. Sein Ende wurde durch die auf Reichsebene vollzogene Zusammenlegung der NS-Kulturgemeinde mit der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ im Juni 1937 eingeleitet.⁵⁰ Zwar noch nicht de jure, aber de facto bedeutete dieser Schritt die Auflösung der NS-Kulturgemeinde, die in Schleswig-Holstein seit der Machtergreifung bedeutend auf das kulturelle Leben eingewirkt hatte. Nur aufgrund des Rückhalts durch Rosenbergs Kampfbund bzw. NS-Kulturgemeinde hatte Knolle die führenden Posten in den Bereichen Kultur und Volksbildung erlangen können. Mit der Auflösung dieser Grundlage wurde seine Position so erheblich geschwächt, daß er Kiel im September des Jahres 1937 verließ.⁵¹ Sein wichtigstes Amt, das des Gaukulturwarts, übernahm zum 6. September Willi Ziegenbein.⁵²

Die Gründe, die zum Niedergang der NS-Kulturgemeinde führten, waren sehr vielfältig. Es ist aber eine Tatsache, daß es einer derart radikalen Organisation, die anfangs als ein „Kampfbund“ auftrat, zur Durchsetzung nationalsozialistischen Gedankenguts in der Kulturproduktion auch gar nicht mehr bedurf-

te. Längst hatten sich diese Ideen im politischen Alltag manifestiert, hatte sich auch das Denken derjenigen Personen in der politischen Führungsspitze gewandelt, die zuvor eine „liberale“ Auffassung vertraten. Die Art und Weise, wie besonders aus den bildenden Künsten die Moderne eliminiert wurde, bezeichnet den ersten Höhepunkt eines Prozesses der weiteren Radikalisierung der politischen Führung.

Die Beschlagnahme von Exponaten moderner Kunst in den deutschen Museen unter der Leitung von Adolf Ziegler und die Ausstellung „Entartete Kunst“⁵³, die im Juli 1937 parallel zur „Ersten Großen Deutschen Kunstausstellung“ in München gezeigt wurde, bedeuteten letztlich die Umsetzung derjenigen Forderungen in die Tat, die schon lange vor dem Machtwechsel von den Anhängern des Kampfbundes für deutsche Kultur vertreten worden waren. Im Hinblick auf die kulturpolitischen Ereignisse während der Machtergreifung wird deutlich, daß diese Vorgänge, obwohl eindeutig nicht gezielt gesteuert, eine entscheidende Voraussetzung zur Durchführung der Maßnahmen des Jahres 1937 bildeten. Das Vorgehen Rosenbergs und seiner Weggefährten hatte die Bildung einer starken Gegnerschaft gerade unter zahlreichen konservativen Kräften provoziert. Diese

verbanden die durch den politischen Machtwechsel und die Gleichschaltungsbemühungen hervorgerufenen negativen Ereignisse im Kulturbereich zu einem großen Teil mit dem Kampfbund bzw. mit der NS-Kulturgemeinde. Für die politische Führung war diese Situation ein geradezu glücklicher Umstand, denn sie bewirkte die Herausstellung der Untadeligkeit des Führers und diente auch der Festigung der Reichskulturkammer.

Als im Laufe des Jahres 1937 die Bedeutung Rosenbergs und der NSKG sank, vollzog sich in einem umgekehrten Prozeß jene weitere Radikalisierung der politischen Führungsriege, was sich besonders deutlich bei Goebbels beobachten läßt, der in der Zeit nach der Machtergreifung modernen Kunstströmungen wie z. B. dem Expressionismus sehr wohlwollend gegenübergestanden hatte, dann aber doch sehr bald die Blut-und-Boden-Ideologie für die Kunst- und Kulturproduktion vertrat. Die radikalen Auswüchse erreichten in den Jahren 1937 und 1938 auch allgemein im gesellschaftlichen Leben einen Höhepunkt. So eskalierte, um nur ein Beispiel zu nennen, die Bekämpfung des „inneren Feindes“ in der sogenannten „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938. Derartige wäre von der Masse nicht ohne weiteres akzeptiert worden, wenn nicht zuvor ein Großteil des Volkes die radikalen Ideen bereits als Normalität aufgefaßt hätte und sie somit nicht auf derartige Ereignisse vorbereitet gewesen wäre.

Durch die Ausschaltung Friedrich Knolles Mitte des Jahres 1937 eröffnete sich in Schleswig-Holstein die Möglichkeit für eine stärkere Ausübung der Kulturarbeit unter der Obhut der Pro-

vinzialverwaltung. Gemäß der vorab vertretenen These ist zu vermuten, daß sie in den folgenden Jahren im großen und ganzen diejenigen Inhalte und Ziele vertrat, die zuvor von der Gaukulturabteilung bzw. der NS-Kulturgemeinde propagiert wurden. Fatal war diese Entwicklung insofern, als von den führenden Persönlichkeiten des schleswig-holsteinischen Kulturlebens der Wunsch nach einer Stärkung ihrer Arbeit durch die Provinzialverwaltung, den sie bereits 1933 deutlich geäußert hatten, immer noch bestand und daß dadurch ab 1937 die Gleichschaltung von Kunst und Kultur im Land sehr viel unproblematischer betrieben werden konnte.

Nun war die Möglichkeit gegeben, auch die letzten Widerstände zu brechen. Verschiedene Ereignisse des Jahres 1937 können aufgrund ihrer Häufung tatsächlich als Anzeichen eines sich vollziehenden Wandels gewertet werden. Hierzu zählen die Ernennung von Volquart Pauls zum Leiter der „Abteilung Landschaftliche Kulturpflege“, die Einrichtung einer „Provinzialstelle für Baukultur und Heimatschutz“⁵⁴ sowie einer „Landesstelle für Archivberatung“⁵⁵ bei der Provinzialverwaltung. Eine besondere Erwähnung verdient auch die Umwandlung der bisherigen sogenannten „Archäologischen Landesaufnahme“ in eine selbstständige „Provinzialstelle für vor- und frühgeschichtliche Landesaufnahme und Bodendenkmalpflege“ zum 1. Oktober 1937.⁵⁶

Als dann zum 1. September 1938 der Landeshauptmann Röer von Wilhelm Schow⁵⁷ abgelöst wurde, erhielt die Kulturpflege der Provinzialverwaltung einen weiteren wichtigen Impuls. Schows Vorstellungen von der Durchführung

der kulturellen Arbeit in der Provinz entsprachen den Prinzipien der landschaftlichen Kulturpflege im NS-Staat, wie sie beispielsweise der westfälische Landeshauptmann Karl Friedrich Kolbow vertrat. Diese beruhten auf der Einsicht, daß die Aufgaben der Kulturpflege „nicht aus der staatlichen Verwaltung der Länder, sondern gerade aus der Selbstverwaltung der preußischen Provinzen entwickelt worden sind.“⁵⁸ Nach seiner Auffassung seien vorwiegend die Gemeinden und Landschaften befähigt, Kulturpflege zu betreiben, und diese Aufgabe könne nicht allein von den nationalsozialistischen Kulturorganisationen übernommen werden.⁵⁹

Genaugenommen war aber der von Kolbow beschrittene Weg nichts anderes als eine „sanfte“ Form der Gleichschaltung. Das revolutionäre Element, das insbesondere für den Kampfbund für deutsche Kultur, aber auch für die Gaukulturabteilungen kennzeichnend war, wurde zugunsten einer schleichen- den ideologischen Infiltrierung bestehender Organe zurückgedrängt. Dadurch war es möglich, auch diejenigen Persönlichkeiten in eine vom politischen Kontext geprägte Kulturarbeit einzubinden, die sich, soweit sie es konnten, dem radikalen Auftreten der nationalsozialistischen Organisationen widersetzen.

Die Verwirklichung einer landschaftlichen Kulturpflege im Sinne der von Kolbow vertretenen Auffassung sah Wilhelm Schow als eine der wesentlichen Aufgaben der Provinz Schleswig-Holstein an. Auch er hielt die Landkreise und Provinzialverbände für berufen, als Kulturträger zu fungieren, ohne jedoch den Totalitätsanspruch der Partei in Frage zu stellen.⁶⁰ Als Ziel setzte sich Schow die Verwirklichung einer „straffe[n] Füh-

rung“⁶¹ der kulturellen Bestrebungen auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung. Seine Ziele legte er erstmals 1939 in einer Festgabe zur ersten Jahrestagung des am 7. Januar 1938 eingerichteten „Instituts für Volks- und Landesforschung an der Universität Kiel“, ebenfalls eine bemerkenswerte Neugründung während des Dritten Reichs, schriftlich nieder.⁶²

Mit Schows aktivem Eintreten für eine landschaftliche Kulturpflege als Aufgabe der Provinzialverwaltung begann für die kulturelle Arbeit in Schleswig-Holstein ein neuer Abschnitt⁶³, geprägt von relativer verwaltungstechnischer Normalität, was wesentlich dazu beitrug, die führenden Vertreter des Kulturlebens für die Ziele nationalsozialistischer Kulturpolitik zu instrumentalisieren. Schow genoß ohnehin ein gewisses Vertrauen, da viele in ihm nicht in erster Linie einen Mann der Partei, sondern der Provinzialverwaltung sahen.⁶⁴

Bereits ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt konnte Schow einen ersten Erfolg in seinem Streben nach einer „straffen Führung“ der Kulturpflege verzeichnen. Ihm gelang, was Friedrich Knolle vergeblich versucht hatte, nämlich die Zusammenfassung der Heimat- und Volkstumsarbeit in einer Dachorganisation. Am 17. April 1939 erfolgte die Gründung eines „Heimatbundes der Provinz Schleswig-Holstein“, dessen ideeller Zweck u. a. darin bestehen sollte, „die Entwicklung des deutschen Volkstums im Sinne der nationalsozialistischen Idee zu fördern.“⁶⁵ Es muß besonders hervorgehoben werden, daß die konkrete Idee zur Gründung eines Heimatbundes erstmals 1935 von Friedrich Knolle vertreten wurde.⁶⁶

Dieser Umstand kann als Beleg für

die These gewertet werden, daß wesentliche Elemente der von Knolle betriebenen Kulturpolitik seit 1937, spätestens aber mit dem Amtsantritt Schows, von der Provinzialverwaltung fortgeführt wurden, allerdings unter dem Deckmantel der Legalität und einer scheinbaren Normalität. Der Heimatbund ging im wesentlichen aus dem noch bestehenden, aber nicht mehr aktiven Schleswig-Holsteinischen Landesverein für Heimatschutz hervor. Schow persönlich übernahm den Vorsitz. Die Aufnahme einer Tätigkeit auf breiter Grundlage, wie vorgesehen, blieb dem Bund wegen

des Kriegsausbruchs jedoch verwehrt, er sollte aber gemäß Schows Vorstellungen „nach dem Kriege den organisatorischen Rahmen für eine umfassende Heimat- und Volkstumspflege [...] bilden“. ⁶⁷ Aufgrund des von Schow vorgegebenen Ziels einer „Erziehung der Bevölkerung zu einem landschaftsgebundenen, sich seiner Art bewußten Träger des deutschen Volkstums“ ⁶⁸ durch die zukünftige Kulturarbeit gerieten auch Personen, die sich bislang einer ideologischen Beeinflussung ihrer fachlichen Tätigkeit weitgehend entziehen konnten, zusehends unter Druck.

7. Schluß

In seiner 1970 veröffentlichten Schrift „Das Amt Rosenberg und seine Gegner“ kam Reinhard Bollmus zu dem Ergebnis, daß die von Alfred Rosenberg geführten Kulturorganisationen im Dritten Reich eine eher untergeordnete Rolle spielten. ⁶⁹ Mit Blick auf die gesamte Zeitspanne von 1933 bis 1945 und im Vergleich zur Arbeit von Institutionen wie dem Reichserziehungsministerium oder der Reichskulturkammer mag das sicherlich zutreffend sein. Eine generelle Übertragung seiner Aussagen zur Stellung von Organisationen wie etwa der NS-Kulturgemeinde auf das gesamte Reich erscheint aber insbesondere hinsichtlich der Verhältnisse in Schleswig-Holstein nicht angebracht.

Es wäre noch verfrüht, zu behaupten, daß wohl in keinem anderen Gau der Einfluß des Kampfbundes für deutsche Kultur bzw. der NS-Kulturgemeinde so groß gewesen ist wie hier. Für die fundierte Bekräftigung einer derartigen These mangelt es zur Zeit noch an weiteren Vergleichsmöglichkeiten. Es kann aber

als eine Tatsache angesehen werden, daß Friedrich Knolle - als Vertreter Rosenbergs - die Kulturarbeit in Schleswig-Holstein von 1933 bis 1937 wesentlich bestimmt hat. Wie anders wäre es zu erklären, daß einige seiner Ideen und Konzepte nach seinem Fortgang von der Provinzialverwaltung aufgegriffen wurden. Zu vermuten sind auch gewisse Gemeinsamkeiten des Oberpräsidenten Lohse mit Rosenberg in grundsätzlichen Fragen, die allerdings schlecht dokumentiert und daher nur schwer zu belegen sind. Bemerkenswert ist zumindest die Einsetzung Lohses als Reichskommissar für das Ostland, d. h. die besetzten Länder Litauen, Lettland und Estland, nach der Ernennung Alfred Rosenbergs zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete im November 1941. Daher sind zumindest gute Verbindungen zwischen den beiden Parteigrößen anzunehmen. Im Januar 1942 erschien beispielweise eine von wenigen schriftlichen Äußerungen Lohses mit dem Titel „Ostland baut auf“ ⁷⁰ ausgerechnet in den



Abb. 6: Friedrich Knolle um 1942 in der Uniform des Sicherheitsdienstes der SS

von Alfred Rosenberg herausgegebenen *NS-Monatsheften*.

Die Bedeutung Friedrich Knolles für die nationalsozialistische Kulturpolitik in Schleswig-Holstein ist bislang von der historischen Forschung nicht angemessen bewertet worden. Insbesondere Personen, die für den Kampfbund und die Gaukulturabteilung gearbeitet haben und die auch nach dem Zweiten Weltkrieg führende Positionen im Kulturbetrieb des Landes bekleideten, mußten ein Interesse daran haben, diese Bedeutung herunterzuspielen. Der Kunsthistoriker und langjährige Leiter des schleswig-holsteinischen Landesmuseums, Ernst Schlee, hat für die bildenden Künste nachzuweisen versucht, daß es mit der Machtergreifung in Schleswig-Holstein keinen unmittelbaren stilistischen oder inhaltlichen Bruch gab, sondern vielmehr eine kontinuierliche Fortsetzung der Arbeit der zwanziger Jahre für diesen Bereich kennzeichnend war.⁷¹ Unter diesem Blickwinkel hat er auch die von ihm für die NS-Kulturgemeinde durchgeführten Kunstausstellungen bewertet.

Diese Art der Verharmlosung der tatsächlichen Verhältnisse ist allerdings für seine Generation nicht untypisch.⁷² Als

ein prominentes Beispiel können die Rechtfertigungsversuche Arno Brekers angeführt werden, die er anlässlich eines für das Fernsehen aufgezeichneten Gesprächs mit dem Maler Ernst Fuchs vorbrachte.⁷³ Auch Breker betonte in diesem Beitrag immer wieder den Aspekt der Kontinuität in seinem Werk, der den unpolitischen Gehalt der von ihm geschaffenen Plastiken belegen sollte.

Eine ideologische Beeinflussung durch den Nationalsozialismus mußte aber nicht immer ihren unmittelbaren Niederschlag in den Resultaten der Kunst- und Kulturproduktion finden, sondern konnte auch auf indirekte Weise erfolgen. Berücksichtigt werden muß auch, daß die Ideologisierung der Kulturarbeit ein Prozeß war und die Möglichkeiten hierfür von den Zeitumständen abhingen. Die genannten Personen, die für die nationalsozialistischen Organisationen Friedrich Knolles tätig waren, haben zumindest indirekt mitgeholfen, den Kulturbetrieb im Lande gleichzuschalten und damit die Bedingungen für eine mögliche ideologische Indienstnahme durch das System zu schaffen. In dieser Hinsicht ist noch ein großes Maß an Vergangenheitsbewältigung zu leisten.

8. Anmerkungen

(1) Dieser Beitrag ist die leicht veränderte Fassung eines Vortrags, gehalten auf dem Tagesseminar „Plattdeutsch im Nationalsozialismus“ am 11. März 1995 im Klaus-Groth-Museum, Heide.

(2) Im Bereich der Sekundärliteratur existieren vorwiegend Beiträge zur Stellung der Bildenden Künste: Jenns E. Howoldt, Die Aktion „Entartete Kunst“ im Lübecker Museum. Die Ereignisse und ihre Folgen, in: Erich Hoffmann und Peter Wulf, Wir bauen das Reich. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1983, S. 211 - 233; Auf gut deutsch. Kunst in Kiel in der Diktatur. Beiträge zur Ausstellung „1933 - Auf gut deutsch ...“ im Kieler Stadtmuseum Warleberger Hof, Kiel 1984; Barbara Camilla Tucholski,

„Entartete“ und „reichsdeutsche“ Kunst in Kiel um 1937, in: Urs J. Diederichs und Hans-Hermann Wiebe (Hg.), Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz, Bad Segeberg 1985, S. 173 - 183; KuNST ohne Museum; Beiträge zur Kunst in Schleswig-Holstein 1933 - 1945, hrsg. von Bärbel Manitz und Thomas Al. Greifeld, Heide 1993.

Zur Kulturpolitik: Kerstin Dronske, Kultur und Politik in Kiel 1933 - 1937, Kiel 1984 (= Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 69, Heft 7/8); Thomas Scheck, Denkmalpflege und Diktatur. Die Erhaltung von Bau- und Kunstdenkmälern in Schleswig-Holstein und im Deutschen Reich zur Zeit des Nationalsozialismus, Berlin 1995, bes. S. 49f., 52 - 54 und 147f.

- (3) Karl Dietrich Bracher, *Stufen der Machtergreifung*. Köln und Opladen 1979 (= *Die national-sozialistische Machtergreifung*, Bd. 1).
- (4) Hildegard Brenner, *Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus*, Reinbek 1963, dort S. 7 - 21.
- (5) Eine knappe Darstellung gibt Karl Ditt, „Mit Westfalengruß und Heil Hitler“. Die westfälische Heimatbewegung 1918 - 1945, in: *Antimodernismus und Reform*. Beiträge zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, hg. von Edeltraud Klüeting, Darmstadt 1991, S. 191 - 215, dort S. 204 - 206.
- (6) Karl Friedrich Schrieber, *Die Reichskulturkammer. Organisation und Ziele der deutschen Kulturpolitik*, Berlin 1934; Ernst Adolf Dreyer (Hg.), *Deutsche Kultur im Neuen Reich. Wesen, Aufgabe und Ziel der Reichskulturkammer*, Berlin 1934. Als Sekundärliteratur: Brenner (wie Anm. 4), S. 53 - 63; Reinhard Merker, *Die bildenden Künste im Nationalsozialismus. Kulturideologie, Kulturpolitik, Kulturproduktion*, Köln 1983, S. 125 - 131; Joseph Wulf, *Die bildenden Künste im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Frankfurt a. M. 1989, S. 102 ff. (Kultur im Dritten Reich, Bd. 3)
- (7) Reichsgesetzblatt I, S. 661.
- (8) Zur Arbeit des Ministeriums: Otto Graf zu Rantzau, *Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung*, Berlin 1939 (= *Schriften der Hochschule für Politik*, II, Heft 38).
- (9) *Verhandlungen des Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtages 1933*: Anlage zu II, 7, S. 2, lfd. Nr. 2: Übersicht über die vom Provinziallandtag - 74. Tagung - vorgenommenen Wahlen.
- (10) Landesarchiv Schleswig-Holstein, 301, 5510; Az. 1933/278.
- (11) Landesarchiv Schleswig-Holstein, 301, 5510; Denkschrift über die Notwendige Zusammenfassung der landes- und volkswissenschaftlichen Forschung in Schleswig-Holstein (10 S. ms), ca. Juli 1933.
- (12) Ditt (wie Anm. 5), S. 203 ff.
- (13) Zum Beispiel konnte Alfred Kamphausen, damals Leiter des Museums Dithmarscher Altertümer, für die kurz vor der Machtergreifung gegründete „Arbeitsgemeinschaft der Heimatmuseen in Schleswig-Holstein und im Kreise Herzogtum Lauenburg“ die Unterstützung des Landeshauptmanns erwirken. Seit 1935 stand die Arbeitsgemeinschaft unter der Obhut des Landeshauptmanns und damit der Provinzialverwaltung. Siehe Alfred Kamphausen, *Von der Arbeitsgemeinschaft der Heimatmuseen in Schleswig-Holstein. Organisatorischer Neubau und Zweckerweiterung*, in: *Die Heimat*, 45. Jg., 1935, S. 273f. Des weiteren Wilhelm Schow, *Zehn Jahre landschaftlicher Kulturpflege in Schleswig-Holstein*, in: *Schleswig-Holsteinisches Jahrbuch 1942/43*, Flensburg, S. 5 - 14, dort S. 9. Kamphausen wollte den „geschichtlichen Augenblick“ nutzen, um mit „klarer Linie“ in der Museumsarbeit zu einer „Verbundenheit mit der Heimat“ zurückzufinden. Siehe *Kieler Zeitung* Nr. 133 vom 15. 5. 1933: Museums-Direktoren tagen in Kiel.
- (14) Die politische Führung der Provinz überließ es weitgehend Knolle, „als alleinig verantwortliche[r] Leiter der Kulturpolitik und Volksbildung innerhalb der Provinz Schleswig-Holstein“ eine organisatorische und ideologische Gleichschaltung des Kulturlebens vorzunehmen (Schreiben der NSDAP, Kreisleitung Südtondern, an Rudolf Muuß vom 20. 7. 1934; zitiert nach Thomas Steensen, *Die friesische Bewegung in Nordfriesland*, Neumünster 1986, S. 382, dort Anm. 92).
- (15) Hans-Günther Andresen, *Bauen in Backstein*. Schleswig-holsteinische Heimatschutz-Architektur zwischen Tradition und Reform, Heide 1989.
- (16) Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein in Kiel, Akten des Schleswig-Holsteinischen Landesvereins für Heimatschutz (SHLH), Mappe betr. Reichsfachamt für Heimatschutz im Reichsbund für Volkstum und Heimat und die Eingliederung des Landesvereins; Versuch des KfdK, die Gründung einer Ortsgruppe des SHLH in Rendsburg zu verhindern; Schreiben des KfdK, Ortsgruppe Rendsburg, an den SHLH vom 21. 9. 1933: „Die Gründung einer neuen Ortsgruppe des Bundes für Heimatschutz kann nicht erfolgen. Die Aufgaben desselben übernimmt der Kampfbund für deutsche Kultur in seiner Fachschaft: Architektur, Technik, Bildende Kunst, Handwerk. Leiter dieser Fachschaft ist der Berufsschulleiter, Gewerbeoberlehrer Otto Seidel, Rendsburg“.
- (17) „Ich halte es für dringend erwünscht, daß der Reichsbund Volkstum und Heimat in Schleswig-Holstein aufgebaut wird und sich aller seit Jahren tätigen und verdienstvollen Organisationen bedient, welche für den Unterbau wertvoll sind und auch eine stetige Arbeit im Grenzgebiet gewährleisten.“ Schreiben Sauermanns an den Reichsfachschaftsleiter für Heimatschutz, Werner Lindner, vom 16. Oktober 1933, in: SHLH (wie Anm. 16), Mappe, betr. Reichsfachamt für Heimatschutz im Reichsbund für Volkstum und Heimat und die Eingliederung des Landesvereins.
- (18) Werner Haverbeck war bei der Begründung des RVH 23 Jahre alt. Von 1929 bis 1932 war er in der Reichsführung der Hitler-Jugend und im NS-Studentenbund tätig. Zu seiner Person: Degeners „Wer ist's“, 10. Ausg., Berlin 1935, S. 614. Haverbeck ist immer noch in der Neo-Nazi-Szene aktiv.
- (19) In: SHLH (wie Anm. 16), Mappe betr. Reichsfachamt für Heimatschutz (...). Weiterhin: Erneuerung des deutschen Volkstums, Der neue „Reichsbund Volkstum und Heimat“; in: *Völkischer Beobachter* Nr. 230 vom 18. 8. 1933.
- (20) SHLH (wie Anm. 16), Mappe betr. Reichsfachamt für Heimatschutz (...); Die Organisation des Reichsbundes Volkstum und Heimat: „Die Ortsvereinigungen der bisherigen Einzelverbände bleiben als selbständige Arbeitsstellen bestehen. Sie werden zusammengefaßt in den Ortsringen des Reichsbundes Volkstum und Heimat. Der Ortsringführer ist in Zukunft der Treuhänder der gesamten örtlichen Volkstumsarbeit. Die Leiter der einzelnen Sondervereinigungen treten ihm als Arbeitsstab zur Seite. Dadurch wird die Einzelarbeit der bisher nur auf einem Gebiet arbeitenden Vereinigungen zusammengeführt zu einem aus dem Heimatboden bestimmten Gesamtaus-

druck des Volkstums. Die Ortsringe können zu Heimatgebieten zusammengefaßt werden. Diese Heimatgebiete umfassen dann jeweils einen Teil der „Landschaft“, zu der sie gehören. Die Landschaft selber entspricht jeweils einem volkskundlichen Stammesgebiet. Innerhalb des Deutschen Reiches sind 14 solcher Landschaften im Aufbau. In den Landschaften wird durch Zusammenfassung der gesamten Volkstumsarbeit ein einheitlicher Ausdruck für die Volkskultur des Stammes geschaffen. Die Landschaften unterstehen durch ihre Landschaftsführer der Reichsführung.“

(21) Reichsfachämter gab es für folgende Bereiche: Heimatschutz, Naturschutz, Denkmalpflege, Laienspiel, Volksmusik, Volkstanzpflege, Volksbildungswesen, ländliche Heimatpflege, Volkstrachtenpflege und Handwerkskultur. Dazu: Mitteilungsblatt für den Reichsbund Volkstum und Heimat, Nr. 1, Oktober 1933; und der amtliche Bericht des *Völkischen Beobachters* Nr. 230 vom 18. 8. 1933.

(22) Als Fortsetzung der durch Heinrich Sohnrey begründeten Zeitschrift *Das Land*. Die Zeitschrift *Volkstum und Heimat* erschien auch nach Auflösung des Reichsbundes bis 1943 weiter.

(23) „Nach der Machtergreifung mußte es darauf ankommen, die wertvollen Kräfte der Träger der deutschen Volkstumsarbeit dem nationalsozialistischen Aufbauwerk nutzbar zu machen“. Werner Haverbeck, *Volkstum und Heimat als Bekenntnis des jungen Kulturwollens*, Berlin 1934, S. 11f.

(24) Haverbeck (wie Anm. 23), S. 12.

(25) Erwähnt in einem streng vertraulichen Rundschreiben des Landeshauptmanns der Rheinprovinz, Heinz Haake, an die Landesvereine für Heimatschutz vom 20. 10. 1933; in: SHLH, (wie Anm. 16, Mappe betr. Reichsfachamt ...).

(26) Laut Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Stuttgart 1970, Anm. II/125 (S. 267), unternahm Rosenberg einen vergeblichen Versuch, in den Führerrat des RVH einzutreten. Das ist aufgrund der durch Quellen belegten Vorgänge als falsch anzusehen.

(27) In Berlin entstand eine repräsentative Zentrale (Herwarthstr. 4), die in 20 Räumen untergebracht war. Am Ende des Jahres 1933 zählte der RVH bereits 5 Millionen Mitglieder (SHLH, wie Anm. 16, Mappe betr. Reichsfachamt...; Rundschreiben Nr. 1/7 des organisatorischen Leiters des RVH vom 6. 12. 1933). Sein Aufbau galt zu diesem Zeitpunkt als vollendet (*Kieler Neueste Nachrichten* Nr. 299 vom 22. 12. 1933: Der Aufbau des Reichsbundes Volkstum und Heimat vollendet).

(28) Dazu Curt Urban, *Aufgaben und Aufbau des Reichsbundes „Volkstum und Heimat“*, in: *Der Schleswig-Holsteiner*, 15 Jg., Kiel 1934, S. 293f. Der Aufbau der „Landschaft“ Schleswig-Holstein des RVH erfolgte relativ spät. Die Landschaft war gegliedert in die Abteilung I, „Heimatforschung“, und die Abteilung II, „Volkstumsarbeit“. In der Abteilung I sollten die führenden Wissenschaftler des Landes vereinigt werden, in der Abteilung II wurden, wie es der Orga-

nisationsplan des RVH vorsah, die Kreisringführungen und die weiteren Untergliederungen zusammengefaßt.

(29) SHLH (wie Anm. 16, Mappe, betr. Reichsfachamt ...); Aktenvermerk über die Besprechung Knolles mit Vorstandsmitgliedern des Landesvereins für Heimatschutz am 2. 2. 1934, vom 12. 2. 1934, S. 1.

(30) Viele Vereine mußten sich bereits kurze Zeit nach der Machtübernahme den neuen Verhältnissen anpassen, wie beispielsweise der „Schleswig-Holsteiner Bund“, der Verein „Die Heimat“ (Verein zur Pflege der Natur- und Landeskunde) oder der Schleswig-Holsteinische Kunstverein. Es gab auch Vereine, die dieser Tendenz freiwillig durch eigene Maßnahmen entgegenkamen, so zum Beispiel die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Sie wählte auf der Mitgliederversammlung vom 16. September 1933 den Universitätsprofessor Jens Jessen zu ihrem Vorsitzenden, der sich selbst als einen „der zeitlich ersten wissenschaftlichen Vertreter des Nationalsozialismus an einer deutschen Hochschule“ bezeichnete (Jahresbericht der Gesellschaft für 1933, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 63, Kiel 1935, S. 504). Unter Jessens Leitung trat man sehr bald mit einer Satzungsänderung, die auf der ordentlichen Mitgliederversammlung am 4. Januar 1935 beschlossen wurde, dem Führerdanken Rechnung.

(31) Die Weigerung, sich dem politischen Dogma zu unterwerfen, blieb jedoch für den Landesverein nicht folgenlos, denn seine Aktivitäten kamen im Jahre 1937 fast vollständig zum Erliegen. Für Anfang 1938 lassen sich erstmals Nachrichten über Auflösungsabsichten nachweisen; Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein (LDSH), Akten des Provinzialkonservators Ernst Sauermann, A IV 3a; Bd. V; Bericht über die Reise des PK am 21. u. 22. 1. 1938, S. 1.

(32) Mitteilung „Knolle, Kiel, zum Gaukulturwart ernannt“ der *Kieler Neuesten Nachrichten* vom 2. 3. 1934.

(33) Akten des Berlin Document Center (BDC), Personalakte Friedrich Knolle. Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

(34) Siehe Manfred Jessen-Klingenberg und Kurt Jürgens, *Universität und Land. Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft, 1918 - 1993*, Neumünster 1995, S. 67.

(35) „Die erste praktische Arbeit bestand darin, die bislang durch eine liberale Einstellung beherrschte Kulturpolitik allmählich zu liquidieren und an ihre Stelle etwas Neues zu setzen, das aus der nationalsozialistischen Gemeinschaftsidee erwachsen ist. Es sind all die Vereine, welche bisher ein reines Selbstzweck-Dasein führten, entweder aufgelöst oder durch eine neue Führung der Arbeit dem ganzen schleswig-holsteinischen Volkstum verpflichtet worden. [...] Ferner wird die ganze Heimat- und Naturschutzbewegung so gestaltet, daß endlich aus theoretischer Denkarbeit zu praktischer Tat geschritten werden kann.“ *Nordische Rundschau* Nr. 53 vom 3. 3. 1934: Die kulturelle Arbeit in Schleswig-Holstein. Eine Unterredung mit dem Gaukulturwart Pg. Knolle.

- (36) *Nordische Rundschau* Nr. 105 vom 7.5.1934: Gaukulturtagung in Neumünster.
- (37) Es wurden Fachreferenten ernannt für die Gebiete Volkskunde (Mittelschullehrer Gustav Friedrich Meyer, Kiel), Heimatkunde (Theodor Möller, Kiel), Trachtenpflege (Museumsdirektor Dr. Alfred Kamphausen, Meldorf), Geschichte (Mittelschullehrer Dr. Ludwig Andresen, Kiel), Naturschutz (Dr. Emeis, Flensburg), Familienforschung (Staatsarchivrat Dr. Hoffmann, Kiel), Heimat und Schule (Oberregierungsrat Dr. Ingwersen, Schleswig), Vorgeschiede (Prof. Dr. Zylmann, Hamburg), Botanik (Mittelschullehrer Willy Christiansen, Kiel), Volkskunst (Dr. Ernst Schlee, Heide), Zoologie (Prof. Dr. Remane, Kiel), Geographie/Geologie (Privatdozent Dr. Becksmann, Kiel). Siehe Anm. 28.
- (38) Ditt (wie Anm. 5) S. 206, gibt als Zeitpunkt der Auflösung des RVH Mitte 1934 an. Das ist jedoch nicht korrekt.
- (39) Die Vorgänge sind nachzulesen in „Westfälischer Heimatbund“ (Bericht für 1935, 34 S. ms), S. 5; enthalten in SHLH (wie Anm. 16), Loseblatt-Sammlung. Dazu auch die Mitteilung „Deutscher Bund Heimatschutz wieder selbständig“, *Kieler Neueste Nachrichten* Nr. 17 vom 19.1.1935.
- (40) SHLH (wie Anm. 16, Mappe Deutscher Bund Heimatschutz), Abschrift der Vereinbarung vom 5./23.11.1934.
- (41) Siehe: „Die Heimat“ dem Reichsbund Volkstum und Heimat angegliedert, in: *Die Heimat*, 44. Jg., Nr. 3, März 1934, S. 49. Zur Durchsetzung des Führerprinzips siehe: *Die Heimat*, 44. Jg., Nr. 8, August 1934, S. 244.
- (42) Herausgegeben von der Gaukulturabteilung der N.S.D.A.P. des Gaues Schleswig-Holstein, Kiel 1935.
- (43) Ernst Schlee, Sinn und Aufgabe einer Kunstausstellung, in: Schleswig-Holsteinisches Kulturschaffen, Kunstausstellung (der NS-Kulturgemeinde), „Schleswig-Holstein, Land und Volk“, Kiel 1935, Einleitung (o. S.).
- (44) Schleswig-Holsteinisches Kulturschaffen, Jahreschau der Reichskammer der bildenden Künste, Landesleitung Schleswig-Holstein, durchgeführt vom Kunstring der NS-Kulturgemeinde Kiel in der Reichskammer der bildenden Künste, Kiel (Kunsthalle 1936), Grußworte.
- (45) Angaben nach Dronske (wie Anm. 2), dort unter Anm. 81 als Quelle genannt: *Kieler Zeitung* Nr. 8 vom 8.1.1936, Blatt 2.
- (46) *Kieler Zeitung* Nr. 288 vom 18.8.1935.
- (47) Volkstumsarbeit der NS-Kulturgemeinde im Gau Schleswig-Holstein, in: Volkstum und Heimat, 3. Jg., Heide 1936, S. 232 - 236.
- (48) Abschriftlich im Landesarchiv Schleswig-Holstein, 309, 22938 (im Dokument S. 3).
- (49) Siehe: Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein (LDSH), Akten des Provinzialkonservators Ernst Sauer mann, A II 1; Schreiben des Oberpräsidenten an den Gaukulturabteilungsleiter und Leiter der NS-Kulturgemeinde vom 20. April 1935.
- (50) Die NS-Kulturgemeinde ging aufgrund eines Abkommens zwischen Robert Ley und Alfred Rosenberg vom 7. Juni 1937 durch Zusammenschluß mit den Ämtern „Feierabend“ und „Deutsches Volksbildungswerk“ in der NSG „Kraft durch Freude“ auf (Dazu eine Mitteilung in der *Nordischen Rundschau* Nr. 147 vom 28.6.1937: „NS-Kulturgemeinde und KdF, Vereinigung beider Ämter“) und wurde 1939 endgültig aufgelöst (Die Genehmigung zur Auflösung erteilte Rosenberg durch ein Schreiben an die NS-Kulturgemeinde vom 20.1.1939; Bundesarchiv Koblenz, NS 8, 197).
- (51) Knolle gab seine Tätigkeit im Bereich der Kulturpflege auf und wechselte zum Sicherheitsdienst (SD) der SS. Von 1940 bis 1944 fungierte er unter anderem als Stellvertreter des Befehlshabers der Sippe und des SD in den besetzten niederländischen Gebieten. Akten des Berlin Document Center (BDC), Personalakte Friedrich Knolle.
- (52) *Nordische Rundschau* Nr. 208 vom 7.9.1937: Einheitlichkeit in der Kulturarbeit.
- (53) Siehe: Nationalsozialismus und „Entartete Kunst“. Die „Kunststadt“ München 1937. Ausstellungskatalog Staatsgalerie moderner Kunst, München 27.11.1987 - 31.1.1988, München 1987, S. 83 - 118.
- (54) Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein, Akten des Provinzialkonservators Sauer mann, B II 12; Schreiben des Oberpräsidenten an Sauer mann vom 21.7.1937, bezugnehmend auf den Erlaß O.P.I 2240 vom 19. Juni zur Einrichtung der Stelle. Leiter wurde der Landesbaurat Richard Brodersen. Die Aufgabe der Landesstelle bestand darin, „für die bodenständige Ausrichtung aller zukünftigen Bauvorhaben Sorge zu tragen.“ Zit. nach Zentralblatt der Bauverwaltung, Jg. 1937, Berlin, S. 883.
- (55) Aufgrund eines Erlasses des Reichsinnenministers vom 4.8.1937 wurde die Betreuung des nicht-staatlichen Archivgutes in Preußen den Provinzialverbänden übertragen. Daraufhin wurde im Herbst 1937 in Schleswig-Holstein eine Landesstelle für Archivberatung geschaffen, die nebenamtlich vom Direktor des Staatsarchives, Ernst Hoffmann, geleitet wurde; siehe: Wilhelm Schow (wie Anm. 13) S. 9.
- (56) Karl Kersten, Bericht über die Tätigkeit der Provinzialstelle für vor- und frühgeschichtliche Landesaufnahme und Bodendenkmalpflege, in: Nachrichtenblatt für deutsche Vorzeit, 14. Jg., Leipzig 1938, S. 3 - 8.
- (57) Zu seiner Person: Degeners „Wer ist's“, 10. Ausg., Berlin 1935, S. 1438.
- (58) Karl Friedrich Kolbow, Die Kulturpflege der preußischen Provinzen. Erste Sonderschriftenreihe des Kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Berlin, Stuttgart u. Berlin 1937, S. 124 (= Aus der Arbeit der preußischen Provinzen 2).
- (59) Siehe: Kolbow (wie Anm. 58), S. 79. Kolbows Eintreten für die Bewahrung der Tradition provinzieller und kommunaler Selbstverwaltung im Rahmen des nationalsozialistischen Staatswesens war keinesfalls unumstritten und wurde von Teilen der Parteispitze mit Argwohn zur Kenntnis genommen. Seine Sichtweise in Verwaltungsfragen führte des öfteren dazu, daß ihn Gegner bei der Staatsführung denun-

zierten. So beschwerte sich der Hauptamtsleiter für Volkswohlfahrt, Hilgenfeldt, beim Stellvertreter des Führers und beim Reichsführer-SS über Kolbows Forderung, die Wohlfahrtspflege von den Gemeinden durchführen zu lassen. Siehe: Bundesarchiv Koblenz, NS 19, 3372; Schreiben Hilgenfeldts an Kolbow vom 3. 8. 1938. Kolbow wurde schließlich von der Gestapo observiert, im August 1944 als Landeshauptmann abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen. Siehe: Blätter der Erinnerung an Karl Friedrich Kolbow. Anlässlich der 20. Wiederkehr seines Todestages am 24. September 1945 für seine Familie, seine Freunde und Mitarbeiter, Münster 1965, S. 5 (Diese „Blätter der Erinnerung an Karl Friedrich Kolbow“ sind hauptsächlich zur postumen politischen Rehabilitierung Kolbows verfaßt worden und verdienen daher eine vorsichtige und kritische Rezeption).

(60) Siehe: Wilhelm Schow, Landschaftliche Kulturpflege als Aufgabe der Provinz Schleswig-Holstein, in: Festgabe zur ersten Jahrestagung des Instituts für Volks- und Landesforschung an der Universität Kiel, Neumünster 1939, S. 5 - 18, dort S. 7.

(61) Schow (wie Anm. 60), S. 7.

(62) Schow (wie Anm. 60).

(63) Dieses bemerkte Schow ausdrücklich: „Damit beginnt auch für die Kulturpflege der Provinz Schleswig-Holstein ein neuer Abschnitt in ihrer Geschichte, die aktive heimatbetonte Kulturarbeit.“ Schow (wie Anm. 60), S. 9.

(64) Dennoch war Schow ein linientreuer Parteigänger. Seine Stellung im Oberpräsidium hatte er 1933 infolge der Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erlangt. Er galt „im nationalsozialistischen Sinne“ als unbedingt zuverlässig. Siehe: Landesarchiv Schleswig-Holstein, 301, 4410; Schreiben des Oberpräsidenten an den preußischen Landwirtschaftsminister vom 11. 5. 1934, OP 28 B 1a.

(65) Heimatpflege auf neuer Grundlage, in: Der Schleswig-Holsteiner, 20. Jg., Flensburg 1939, S. 83.

(66) Knolle hatte die Gründung eines Heimatbundes bereits für den Oktober des Jahres 1935 angekündigt. Bereits damals galt Schow, zu dieser Zeit noch Vizepräsident im Oberpräsidium, als potentieller Kandidat

für die Leitung des Heimatbundes. Siehe: *Husumer Nachrichten* Nr. 197 vom 24. 8. 1935: „Vorstoß der NS-Kulturgemeinde“. Zu den Plänen der Schaffung eines Heimatbundes siehe auch die Ausführungen Peter Petersens in: *Moderspraak* (Garding), 22. Jg., Nr. 11, November 1935, S. 175 (Niederdeutsche Tagung am 20. Oktober in Elmshorn).

(67) Schow (wie Anm. 13), S. 14.

(68) Schow (wie Anm. 60), S. 9.

(69) Bollmus (wie Anm. 26).

(70) Hinrich Lohse, Ostland baut auf, in: *NS Monatshefte* (hrsg. von Alfred Rosenberg) (München), 13. Jg., Heft 1, Januar 1942, S. 32 - 39.

(71) Ernst Schlee, Persönliche Eindrücke aus dem Kunstleben in der Provinz 1920 - 1937, in: Nordelbingen, Bd. 53, Heide 1984, S. 169 - 196.

(72) Auch die nachfolgende Historiker-Generation hat offenbar immer noch Schwierigkeiten mit einer angemessenen Bewertung. Siehe als Beispiel Harm-Peer Zimmermann, Vom Schlaf der Vernunft. Deutsche Volkskunde an der Kieler Universität 1933 bis 1945, in: Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, Band I, herausgegeben von Hans-Werner Prahl, Kiel 1995, S. 171 - 274. Zimmermanns Untersuchung der Schriften Ernst Schlees (S. 196 - 198) auf den Gebrauch eines ideologie-nahen Vokabulars und die daraus hervorgehende Bewertung in quantitativer Hinsicht („Solche Äußerungen kamen jedoch weitaus seltener vor und waren weniger extrem zugespitzt ...“) geht an der eigentlichen Problematik vorbei. Die Feststellung Zimmermanns, Knolle und Schlee hätten die Gefahr einer Verknennung der wirklichen Vorhaben der NS-Kulturgemeinde, denn es ging ihr nicht immer nur um inhaltliche Fragen, sondern im wesentlichen um organisatorische Aspekte. Insbesondere die Arbeit Knolles wird durch eine derartige Aussage unzutreffend bewertet.

(73) Den auf einem Gespräch vom November 1990 basierenden Film „Adolf Hitlers Hofbildhauer“ von Ivo Bulanda strahlte der Norddeutsche Rundfunk am 12. September 1991 in seinem dritten Programm aus.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Schleswig-Holsteinische Schulzeitung (Kiel), 81. Jg., Nr. 40, 7. 10. 1933, S. 609.

Abb. 2: Nordische Rundschau (Kiel), Nr. 105, 7. 5. 1934.

Abb. 3, 4: Akten des Schleswig-Holsteinischen Landesamtes für Denkmalpflege, Mappe betr. Reichsfachamt für Heimatschutz.

Abb. 5: Akten des Schleswig-Holsteinischen Landesamtes für Denkmalpflege, Akten des Provinzialkonservators Ernst Saueremann, A II 1.

Abb. 6: Bundesarchiv Koblenz, Bestand des Berlin Document Center, Akte Knolle.